



## Aktive Wirtschaftspolitik für Bremen

Eine starke Wirtschaft und Wachstum sind Garanten für den Wohlstand. Daher ist eine gute Wirtschaftspolitik die Basis für sozialen Zusammenhalt, solide Finanzen, Chancengerechtigkeit und ein gesundes Gemeinwesen. Nur mit einer erfolgreichen Wirtschaft entstehen die dringend benötigten Arbeitsplätze und wird die Basis für die Sanierung des Haushalts geschaffen.

Die rot-grüne Landesregierung in Bremen versagt in der Wirtschaftspolitik. Sie hat seit den Wahlen im vergangenen Jahr kein einziges, wichtiges Projekt vorangetrieben oder auf den Weg gebracht. Wirtschaftspolitik findet nicht mehr statt außer als Kampf gegen die Wirtschaft. Der Senat und die Regierungsfractionen gehen mit ihrer Symbolpolitik auf Konfrontationskurs mit der Wirtschaft.

Ein Umsteuern in der Wirtschaftspolitik ist dringend nötig. Arbeitsplätze für die Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land werden nur durch aktive Wirtschaftspolitik geschaffen!

Politik für rot-grüne Klientel zu Lasten der Wirtschaft muss sofort aufhören. Sie behindern nicht nur das Schaffen neuer Arbeitsplätze durch die Unternehmen im Land, sondern sie riskiert auch die bestehenden Arbeitsplätze in den heimischen Unternehmen

Die Diskussionen der vergangenen Monate, die von Rot-Grün angestoßen wurden, zum Beispiel das Verbot von Atomtransporten, sind nicht wegweisend. Sie gefährden den Universalhafen und letztlich die darin begründete Übernahme von Hafenlasten im Rahmen des Finanzausgleichs. Sie lösen keine Probleme unseres Bundeslandes und bedienen die Einzelinteressen einer gut abgesicherten Klientel von Rot-Grün. Diesen Interessen wird die Politik untergeordnet. Die für Bremen immens wichtige Logistikwirtschaft wird durch die Ablehnung des Feldversuches mit Lang-LKW (sogenannten Giga-Linern) bewusst geschwächt. Sachliche Argumente kann Rot-Grün hier nicht vorbringen, und selbst die Bundes-SPD befürwortet Giga-Liner. Bremische Institutionen wie die Bürgerparktombola oder der Freimarkt werden mit einer Mindestlohndebatte beschädigt, die opportunistisch dem sozialdemokratischen Vorfeld nach dem Munde redet. Mit der Bettensteuer („City-Tax“) wird wiederum das immer wichtiger werdende Tourismusgewerbe massiv beeinträchtigt. Obwohl die (unter anderem von den Grünen in Bayern geforderte) Senkung der Umsatzsteuer für Hotels zu deutlichen Investitionen und Neueinstellungen geführt hat, wird sie durch die neue bremische Steuer konterkariert. Damit schadet Rot-Grün dem erklärten Ziel der Tourismusförderung nachhaltig.

Schon in den grundlegenden Fragen der Wirtschaftspolitik mangelt es bei Rot-Grün an der Fähigkeit oder der Bereitschaft, die Notwendigkeiten zu erkennen: Die Verkehrspolitik ist einer Großstadt unwürdig, und für einen Logistikstandort grob mangelhaft, wie man an der schlechten Anbindung von Bremen und Bremerhaven und dem stockenden Bau der A281 erkennen kann. Ein schlüssiges Konzept für den Personen- und Güterverkehr fehlt und ist nicht in Aussicht. Hierdurch wird nicht nur die wichtige Logistikbranche behindert, auch die Bürgerinnen und Bürger leiden unter Abgasen und Lärm, die durch Staus verursacht werden. Stattdessen beschränkt sich der grüne Verkehrssenator darauf, Fahrradzählanlagen zu installieren, die nicht nur in einem Haushaltsnotlageland niemand braucht. Die Überheblichkeit der Grünen, anderen ihr ideologisches Verständnis von Verkehr und Wirtschaft aufzuzwingen, ist eine Zumutung für alle Bremer Bürger.

Die SPD und Bürgermeister Böhrnsen sehen tatenlos zu, hier wedelt weiterhin der Schwanz mit dem Hund.

Wir fordern eine aktive Wirtschaftspolitik in Bremen:

- Verbesserung der regionalen Infrastruktur und Abschaffung unsinniger Hindernisse wie der Umweltzone.
- Verbesserung der überregionalen Anbindung Bremens und Bremerhavens, insbesondere eine bessere Anbindung an den Fernverkehr der Bahn und einen schnelleren Bau der A281.
- Verzicht auf das Verbot von Atomtransporten, mit dem die Solidarität der anderen Bundesländer aufs Spiel gesetzt und mit dem ein Einfallstor für die ideologische Steuerung der bremischen Häfen geschaffen wird.
- Eine effektive Arbeitsmarktpolitik mit weniger Verschwendung bei Aus- und Fortbildung wie etwa im Fall der Gläsernern Werft. Hierzu gehört vor allem eine Qualifizierungspolitik, die Arbeitslose nicht verwahrt und behütet, sondern für den Arbeitsmarkt aktiviert. Die Verschwendung in diesem Bereich ist exorbitant.
- Verzicht auf Mindestlohngesetze, die dem Standort schaden und mit denen sich Bremen verkämpft. Das beste Mittel gegen niedrige Löhne ist eine ausreichende Qualifizierung, nicht ein Mindestlohn, der gering Qualifizierte in die Arbeitslosigkeit oder die Scheinselbständigkeit treibt.
- Stärkere Förderung der Existenzgründungen, um die im Bundesvergleich skandalös niedrige Selbständigenquote zu erhöhen und die Gründungsdynamik zu verbessern.
- Verzicht auf die Bettensteuer.